www.laender-analysen.de/russland





Nr. 415 | 08.03.2022

Russland–Analysen

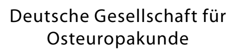
- **Kosaken**
- **Ukraine-Krieg als Produkt des politischen Systems**

VON DER REDAKTION
Niemand hätte es für möglich gehalten und doch ist es passiert 2

ANALYSE
Geschichte der Beziehungen der Kosaken zum Kreml 3
Richard Arnold
(Muskingum University, New Concord)

DEKODER
Von Löwen und Füchsen 9
Kirill Rogow
(Istories)

CHRONIK
21. – 27. Februar 2022 12



Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde	Deutsches Polen-Institut	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien	Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH













VON DER REDAKTION

Niemand hätte es für möglich gehalten und doch ist es passiert

Russlands Krieg in der Ukraine hat uns auf vielen Ebenen und bis ins Innerste gefesselt und betroffen. Wir wissen, dass die Folgen dieses Krieges für die Menschen in der Ukraine, in Russland und in vielen anderen Ländern der Welt schwerwiegend sein werden und enorme Veränderungen für die nächsten Jahrzehnte mit sich bringen. Mit Hochdruck möchten wir unseren Beitrag durch die Länder-Analysen leisten, indem wir zum gegenseitigen Verstehen und zur Vermeidung von bewaffneten Konflikten beitragen, auch in Krisenzeiten. Ressentiments (RA 277, RA 278), nationalistisches Großmachtdenken (RA 413, UA 240), die Etablierung und Steigerung autoritären Strukturen (RA 407), Repression (RA 411, RA 403), Krisen und Konflikte (RA 414, RA 393, RA 295, RA 273, UA 262, UA 261, UA 257, UA 252, UA 251, UA 245, UA 231) waren die Einleitung für diesen Krieg, den eine große Mehrheit nicht für möglich gehalten hat; und doch zählen Medien seine Tage.

Die Forschung unserer Kolleg_innen und Autor_innen der letzten Jahre und Jahrzehnte kann uns Antworten auf die unzähligen und drängenden Fragen unserer Leser_innen liefern. In den kommenden Wochen und Monaten arbeiten wir gezielt daran. Auch wenn die bisherigen Experteneinschätzungen den aktuellen Krieg nicht in seiner extremen Form vorhersehen konnten, kann nur die Forschung zu den beiden Ländern Ukraine und Russland uns in naher Zukunft voranbringen. Für die ferne Zukunft hoffen wir auf Beispiele aus der Geschichte, die beweisen, dass eine Aussöhnung zwischen Staaten durch intensives gegenseitiges Engagement möglich ist. Beginnen möchten wir mit einem

Spendenaufruf

Die FSO möchte geflüchteten Wissenschaftler*innen aus der Ukraine, aber auch bedrohten Kolleg*innen in Russland helfen, nach Bremen zu kommen, und vergibt dafür kurzfristig und unbürokratisch Hans Koschnick Stipendien. Wir bitten Sie um Ihre Mithilfe und Spenden, um die Geflüchteten nach Bremen holen zu können.

Spenden können Sie an unseren Förderverein unter dem Stichwort: »geflüchtete WissenschaftlerInnen«:

IBAN: DE12 8306 5408 0004 8513 82
BIC: GENODEF1SLR
Deutsche Skatbank

Wir stellen Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung aus. Bitte schreiben Sie hierzu eine kurze E-Mail mit Namen und Adresse an: fsov@uni-bremen.de.

Herzlichen Dank!

Die Forschungsstelle Osteuropa und Redaktion der Russland-Analysen

ANALYSE

Geschichte der Beziehungen der Kosaken zum Kreml

Richard Arnold (Muskingum University, New Concord)

DOI: 10.31205/RA.415.01

Zusammenfassung

Die Gemeinschaft der Kosaken in Südrussland (und zunehmend auch im Rest des Landes) ist eine der schillerndsten sozialen Bewegungen im postsowjetischen Eurasien. Nach ihren Anfängen in den 1980er Jahren als Graswurzelorganisation von Freiwilligen, lokalen Geschichtszirkeln und Folklorespezialisten ist die Kosakenbewegung später vom Kreml kooptiert worden und stellt heute eine starke Stütze des Regimes dar. Die Bewegung ist, folgt man den Worten der russischen Kosakenforscherin Olga Rvacheva, »von Konfrontation zu Kollaboration« übergegangen. Dieser Beitrag untersucht die Beziehungen zwischen dem Kreml und den Kosaken innerhalb des Landes, nähert sich dem Thema über definitorische Fragen und richtet den Blick auf staatliche Fördermaßnahmen für Kosaken sowie deren Rolle in der Bildungspolitik und Sicherheitspolitik im Innern.

Fragen der Definition

Die Diskussionen darüber, ob die Kosaken eine »Ethnie« oder eine »soziale Schicht« darstellen, wurzeln in der Frage, was es bedeutet, ein Kosake zu sein. In vormoderner Zeit konnte man als Kosake (als »freier Kosake«) geboren werden oder sich eine Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft über den Dienst für den russischen Zaren oder den polnischen König verdienen. »Freie Kosaken« waren jene, die in die Gemeinschaft hineingeboren wurden oder hineingeheiratet hatten und in dem Dorf, in dem sie auf dem »wilden Feld« (russ.: »dikoje pole«) lebten, akzeptiert wurden. »Dienstkosaken« (für Russland) oder »Registerkosaken« (in Polen bzw. der Ukraine) verpflichteten sich zu Diensten für den Staat. Diese Unterscheidung ist in der heutigen Kosakenbewegung wieder relevant geworden und es kommt innerhalb der Bewegung zu Spannungen zwischen diesen verschiedenen Kosakengruppen. 1995 wurde in Russland ein staatliches Register für »Dienst«-Kosaken geschaffen. Ataman Gromov hat Kosaken »mit kosakischen Vorfahren« bzw. ethnische Kosaken, die sich dort nicht registrieren lassen, mit dem Hinweis kritisiert, dass sich ja »jederman im Souvenirladen eine ›papacha‹ [Fellmütze der Kosaken; Anm. d. Red.] kaufen« könne. Dieser Beitrag konzentriert sich allerdings auf die heutigen »Dienst«-Kosaken.

Der Aktivismus in lokalen Geschichtszirkeln und Folkloregesellschaften hatte während der Perestroika begonnen, nachdem die Sowjetunion 1988 die Schaffung von Kosakengemeinschaften erlaubt hatte, die mitunter bewaffnet waren, aber sämtlich für den Einsatz von Gewalt standen. Dem sowjetischen Gesetz vom April 1991 »Über die Rehabilitierung repressierter Völker« folgte 1992 ein Präsidialerlass, der speziell die Umsetzung der Rehabilitierung der Kosaken betraf. Das Gesetz von 1991 bezeichnet die Kosaken als »ethnisch-kulturelle Gemeinschaft« (dort als eine der Definitionsvarianten für den russischen Begriff »narod« – »Volk«). Der Erlass von 1992 ermöglichte die Gründung von Kosakengesellschaften auf der Ebene von Gehöften, Siedlungen, Dörfern, Städten sowie die Bildung regionaler Gesellschaften (russ.: »wojskowoje kasatschje obschtschestwo«) wie auch einer Allrussischen Kosakengesellschaft. »Wojskowyj« bezieht sich auf »Wojsko«, was sich als »Heer« übersetzen lässt, und auf die paramilitärischen Verbände in den Grenzgebieten eines Staates zurückgeht, der längst nicht mehr besteht. Dieser Reminiszenz an die Zarenzeit ist auch der Umstand geschuldet, dass einige der regionalen Gesellschaften nach landschaftlichen Merkmalen oder Flüssen benannt sind, und nicht nach staatlichen Verwaltungseinheiten. Heute bestehen 12 solcher Regionalverbände bzw. »Heeresgesellschaften«, die das gesamte Territorium Russlands abdecken.

In den 1990er Jahren ergaben Umfragen, dass sich rund 20 Prozent der Bevölkerung des Gebietes Rostow (also eine Million Menschen) als Kosaken betrachteten. Rostow ist zwar eine der Regionen, in denen der Bevölkerungsanteil von Kosaken am größten ist, doch auch in benachbarten Regionen wie etwa Krasnodar, Astrachan, Stawropol und sogar in Kalmückien lebte eine beträchtliche Anzahl Kosaken. Während des Zusammenbruchs der Sowjetunion gab es zahlreiche Aufrufe zur Schaffung autonomer oder unabhängiger Kosakenrepubliken, die jedoch nie Wirklichkeit wurden.

In der Russischen Föderation hat die repressive Politik gegenüber jeder Art Verletzung der territorialen Integrität (etwa 2015 im Fall des kosakischen Nationalisten Wladimir Melichow) dazu geführt, dass heute nur wenige kosakische Aktivisten öffentlich als Nationalisten auftreten. Vielen eigenständigen Kosakengruppen wie etwa dem »Bund der Kosaken« missfallen die Versuche des Kreml, die Bewegung mit Hilfe von GONGOs

zu vereinnahmen. Die Daten zur Anzahl dieser Gruppen und deren Mitgliederstärke sind nicht zuverlässig. Die kremlnahen Organisationen beziffern die Anzahl der nicht registrierten Kosaken mit »über 650.000«, doch dürfte das sicherlich eine Untertreibung sein.

Bei den in Russland alle zehn Jahre vorgenommenen Volkszählungen ist die Option, sich als Kosake zu definieren, gestrichen worden. Und es gab Volkszähler, die sich jedem gegenüber, der sich als Kosake bezeichnen wollte, feindselig verhielten. Beim Zensus von 2002 hatten sich nur 140.000 Personen bei der Frage nach der nationalen Zugehörigkeit als Kosake bezeichnet, auch wenn die Behörden die Zahl der Kosaken in der Russischen Föderation auf fünf Millionen schätzten. Zum Vergleich: Bis zum Zensus von 2010 lag die Zahl der Befragten, die sich in ihrer nationalen Zugehörigkeit den »Kosaken« zurechnen, bei knapp 29.700 Personen im Gebiet Rostow. Trotz der nur begrenzt vorhandenen Daten lässt sich mit Fug und Recht feststellen, dass die Kosaken eine der größten nicht anerkannten Ethnien in Eurasien sind.

Gleichzeitig hat der Staat das Erbe der Dienstkosaken für den Versuch genutzt, mit einer Mobilisierung der Kosaken diese zu vereinnahmen, um seine eigenen Zwecke zu verfolgen. Der unter Führung des Staates stehende Teil der Kosakenbewegung ist hauptsächlich damit befasst, für den Staat Dienste zu leisten und nicht etwa, Autonomie oder Unabhängigkeit anzustreben. Die überwältigende Mehrheit der Kosaken ist in einem derartigen Grad patriotisch gesinnt, dass sie den Kreml in internationalen Fragen reflexartig unterstützen würden. Die Zahl der kosakischen Nationalisten ist gering. Gleichwohl werden durch die Versuche des Staates, sich ans Steuer des schweren Lasters des Kosakentums zu setzen, einstige Unterstützer des Kreml unnötigerweise verprellt. Da dieser Teil der Bewegung mit dem Regime verbündet ist, steht sie stärker in der Öffentlichkeit und es gibt mehr Informationen über sie. Im folgenden Abschnitt wird untersucht, wie der Staat auf die Bühne trat, um die Kosakenbewegung zu vereinnahmen.

Förderung der Kosaken durch den Staat

Die gegenwärtig wichtigste Organisation der »Dienst«-Kosaken, also jener, die dem Staat Dienste leisten, ist die »Allrussische Kosakengesellschaft« (russ.: WsKO), die derzeit 12 registrierte Regionalverbände (russ.: wojskowyje kasatschi obschtschestwa, bzw. »Heeresgesellschaften«) umfasst, die sich über mehrere Föderationssubjekte erstrecken. Hierzu gehört jetzt auch der Schwarzmeer-Regionalverband der Kosaken auf der Krim, der als letzter hinzukam. Darüber hinaus gibt es auch Vorstöße zur Gründung eines Ostsee-Kosakenverbands mit Schwerpunkt Kaliningrad. Die WsKO wurde im November 2018 gegründet und trat an die Stelle früherer föderaler Organisationen von Kosakengesellschaften. Insgesamt sind somit 506.000 Kosaken registriert und Tabelle 1 auf S. x bietet einen Überblick deren Zahl in den Regionalverbänden. Erster Leiter der WsKO, und somit erster oberster Ataman der registrierten Kosaken ist Nikolaj Doluda, der früher Mitglied des Kosakenverbandes Krasnodar war und dann beschloss, nach politischer Macht zu streben.

Das föderale staatliche Register der Kosaken wurde 1995 eingerichtet (Präsidialerlass Nr. 835 v. 9. August), mit dem Kosaken wieder in den Dienst des Staates zurückkehrten. Das Register bezieht sich offensichtlich auf die Dienste der Kosaken in der Zarenzeit, auch wenn das »Register« damals eine Einrichtung des polnischen Königs und nicht des russischen Zaren war. Es wurde in den folgenden zwei Jahren ergänzt. Wie erwähnt, haben sich nicht alle Kosakengruppen in das Register eintragen lassen. Einigen Schätzungen zufolge gibt es mehr Zusammenschlüsse von Kosaken außerhalb des Registers als Kosakenorganisationen, die Teil des Registers sind. In einigen Regionen im Süden Russlands bestanden regionale Ämter für Kosakenangelegenheiten. Die einschneidendsten Änderungen erfolgten 2005, als Präsident Putin das Föderale Gesetz »Über den Staatsdienst des russischen Kosakentums« unterzeichnete. Das Gesetz definierte eine »Kosakengesellschaft« als »freiwilligen Zusammenschluss von Bürgern der Russischen Föderation in Form einer nichtkommerziellen Organisation, die gemäß der föderalen Gesetzgebung gebildet wurde und in das staatliche Register der Kosakengesellschaften in der Russischen Föderation eingetragen ist, und deren die Mitglieder auf die vorgeschriebene Weise Verpflichtungen zu staatlichen oder anderen Diensten übernommen haben«. Ebenso werden dort deren Beziehungen zu staatlichen Stellen wie dem Innenministerium (MWD), dem Katastrophenschutzministerium (MTschS), den Streitkräften und den regionalen Behörden geregelt. Darüber hinaus legte das Gesetz für die Aktivitäten der Kosaken eine Finanzierung aus dem föderalen Haushalt sowie den regionalen und kommunalen Haushalten fest. Nachdem sie der gegenwärtigen föderalen Struktur Russlands kritisch gegenübergestanden hatten, waren diese Kosaken nun selbst ein Teil davon.

Ein weiteres Dokument, das während des Interregnums von Dmitrij Medwedew verabschiedet wurde, nämlich die »Konzeption für die staatliche Politik der Russischen Föderation in Bezug auf das russische Kosakentum« nennt für die Zukunft der russischen Kosaken fünf Richtungen: 1) Weiterentwicklung der staatlichen Politik für die Wiedergeburt des russischen Kosakentums; 2) Prinzipien, Ziele und Aufgaben der staatlichen Politik in Bezug auf das russische Kosakentum; 3) Prioritäten der staatlichen Politik; 4) Umsetzung der Poli-

tik; 5) gesellschaftliche Zusammenschlüsse der Kosaken und das Kosakentum im Ausland. Weitere Gesetze von 2009 und 2010 legten das Verhältnis der Kosaken zu den Behörden aller Ebenen der Russischen Föderation detaillierter fest. 2009 wurde der 1997 abgeschaffte Rat für Kosakenfragen beim Präsidenten wieder eingeführt.

Nach Putins Rückkehr ins Präsidentenamt gab dieser seine Strategie für die Entwicklung des Kosakentums in der Russischen Föderation für die Zeit bis 2020 bekannt. Im November 2018 unterzeichnete Wladimir Putin einen Erlass, durch den die »Allrussische Kosakengesellschaft« gegründet wurde, und ernannte Kosakengeneral Nikolaj Doluda vom Kosakenverband Kuban zu deren Ataman. Daneben gibt es weitere kremlfreundliche Organisationen wie etwa den »Bund der kosakischen Kämpfer Russlands und im Ausland« (nicht zu verwechseln mit dem zuvor erwähnten »Bund der Kosaken«) unter der Führung von Nikolaj Djakonow und Wiktor Woldolazkij. Im Ausland existieren kleinere Kosakengemeinschaften (z. B. in Großbritannien, Kanada, den USA, Frankreich, Australien und Österreich), die aus Nachfahren freier Kosaken bestehen, die vor den Bolschewiki geflohen waren und ihre Identität als Kosaken bewahrt haben.

Der vom Staat betriebenen Organisation der Kosaken in Russland und im Ausland entsprachen zum Teil Versuche der Kirche, Kosakenbewegungen zu organisieren. Die Mitglieder der Kosakenorganisationen hängen zwar nicht ausschließlich aber doch in ihrer Mehrheit der Russischen Orthodoxen Kirche an. Das alte Motto »Für Zar, Glaube und Vaterland« ist für viele ein Ausdruck ihrer Identität. 2005 beschloss ein Kosakenrat (russ.: »krug«) in Rostow am Don, die Idee engerer Verbindungen zur Russischen Orthodoxen Kirche zu unterstützen. Dieser Bund wurde 2009 feierlich bestätigt, als Patriarch Kirill in Nowotscherkassk (Gebiet Rostow), dem geistlichen Zentrum der russischen Kosaken seine Unterstützung für einen kirchlichen Lenkungsausschuss für Kosaken verkündete. Dementsprechend richtete die Kirche 2010 das Synodale Komitee für die Zusammenarbeit mit den Kosaken ein. Das Komitee koordiniert auf dem gesamten kanonischen Territorium der Russischen Orthodoxen Kirche deren geistlichen Aktivitäten mit dem Kosakentum, insbesondere im Rahmen der internationalen Beziehungen. Dazu gehört auch die Weiterverbreitung kosakischen Gedankenguts in Landesteilen, in denen das Erbe der Kosaken nicht dominant ist, etwa in Tatarstan, wo der Autor 2015 Kosakengemeinschaften besuchen konnte. »Dienst«-Kosaken leisten Dienste für den Staat, etwa in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit.

Einsatz von Kosaken in der Bildungspolitik

Die Kosaken selbst behaupten, dass für sie Jugendarbeit Priorität hat, was sie durch formale wie informelle Bildungsarbeit umsetzen. Formal unterhält die WsKO »ein System für gesellschaftliche Kosakenbildung auf dem Gebiet der Kosakenverbände, unter anderem 28 Kadettenschulen und 315 Schulen im Range von regionalen ›Kosakischen Bildungsorganisationen‹ sowie 5.500 Kosakenkurse«. Kosakenkurse befassen sich mit der Vermittlung von Patriotismus und Heimatliebe. Die Ausbreitung dieses Bildungssystems in alle Landesteile geht auf Vorläufer in den traditionellen Siedlungsgebieten der Kosaken zurück.

In den 1990er und frühen 2000er Jahren wurden in den Gebieten Rostow, Wolgograd und Astrachan sowie in der Republik Kalmückien Schulen im Zusammenhang mit kosakischen Kadettenorganisationen eröffnet. In Rostow am Don ist die Schaffung kosakischer Bildungseinrichtungen am weitesten vorangeschritten. Dort wurde ein Netz pädagogischer Institutionen eingerichtet (Bildungsgesellschaften, Mittel- und Oberschulen und sogar 23 Kindertagesstätten), in dem 36.000 Schüler unterrichtet werden. Dieses Bildungssystem hat sich in alle Landesteile ausgebreitet, und es gibt jetzt in vielen Regionen kosakische Bildungseinrichtungen und sogar zwei Universitäten: eine in Moskau (benannt nach dem Hetman und Grafen Kirill Rasumowskij) und eine Nowotscherkassk (benannt nach dem General und Ataman Matwej Platow).

Kosakische Erziehung stellt eine Art militarisierten Patriotismus dar, der den jungen Leuten durch Waffentraining und unterhaltsame Aktivitäten vermittelt werden soll. So stellte beispielsweise ein Kongress 2012 in Nowotscherkassk fest, dass eine der Hauptaufgaben der Kosaken darin bestehe, gegen Behauptungen vorzugehen, die die »Geschichte verfälschen«. Dabei geht es gewöhnlich um jede Interpretation des Zweiten Weltkrieges, bei der die führende Rolle der Sowjetunion bei der Niederringung Nazideutschlands geschmälert wird. In Rostow gründeten die Kosaken 2014 einen Geschichtsrat, der Denkmäler beaufsichtigt und Forschungen zur Geschichte der Kosaken unternimmt. Im Plan zur Entwicklung des Kosakentums bis 2030 werden Bestrebungen genannt, ein einheitliches Geschichtslehrbuch für alle kosakischen Bildungseinrichtungen zu schaffen.

Kosakische Bildung endet aber nicht, wenn die Jugendlichen erwachsen werden. Die jüngste Strategie zur Entwicklung des Kosakentums, die Pläne für den Zeitraum 2020 bis 2030 enthält, strebt die Entwicklung einer einheitlichen Geschichtskonzeption an. Walerij Falkow, Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung, erwägt dort die »Vorbereitung eines einheitlichen Konzepts für den Geschichtsunterricht«, was auch eine Reihe allrussischer Konferenzen zur Geschichte der Kosaken umfassen sollte. 2021 verkündete Falkow die Schaffung eines Verbunds von 14 Universitäten

mit einer kosakischen Komponente, etwa mit Kursen zur Geschichte und Kultur der kosakischen Vorfahren. Kosakengruppen spielen also bei der formalen Bildung der nächsten Generation in Russland eine wichtige Rolle. Das gleiche gilt auch für die breitere Sozialisierung.

2020 wurde eine landesweite Jugendbewegung der Kosaken gegründet, in der kosakische Jugendorganisationen aus über 75 russischen Regionen zusammengeschlossen sind. Zuvor waren die Kosakenjugenden nach Regionen organisiert gewesen. Die größten kosakischen Jugendorganisationen waren der »Bund der Kosakenjugend des Kuban« (über 100.000 Mitglieder) und der »Bund der Kosakenjugend des Großen Don-Heeres« (»Donzy«, über 20.000 Mitglieder). Die »Donzy« (dt.: »Leute vom Don«) sind ursprünglich 2007 behördlich registriert worden und haben regionale Gliederungen in der Republik Kalmückien und im Gebiet Astrachan. Es gibt männliche und weibliche Mitglieder. Kosakische Identität ist ganz überwiegend maskulin, daher ist die Einbeziehung von weiblichen Personen eine Abkehr von der Norm. Weibliche Mitglieder von Kosakenorganisationen sind typischerweise nicht bei der Verteilung von Werbematerialien und ähnliche Utensilien vertreten, wenn Erwachsene tätig sind. Kosakische Jugendorganisationen lehren Patriotismus, die Handhabung von Waffen, formale Versionen der Geschichte, und sie bilden männliche Mitglieder zum Dienst für die Innere Sicherheit aus.

Einsatz der Kosaken bei der inneren Sicherheit

Neben der Bildung und den Sozialisierungsmechanismen für junge Menschen haben die »Dienst«-Kosaken auch bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit eine wichtige Rolle gespielt. Zu den Aufgaben der WsKO gehört »die Beteiligung an der Vorbeugung und Beseitigung von Notlagen und Naturkatastrophen, Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen, Beteiligung am Umweltschutz, »Tätigkeiten für die öffentliche Ordnung und zum Grenzschutz«, sowie die »Organisation und die Beteiligung an Aktivitäten, die auf die Förderung eines gesunden Lebenswandels und die Prävention von Drogen- und Alkoholmissbrauch abzielen.« Die Website der WsKO nennt hierzu Ziffern: 25.690 Kosaken helfen, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, 1.164 bewachen die Staatsgrenze, 9.609 sind im Katastrophenschutz tätig, 4.332 organisieren Umweltschutzmaßnahmen und 6.294 bewachen staatliche oder kommunale Objekte.

Das ist am deutlichsten im Fall der Patrouillen zu beobachten, die in den Städten von Kosakentrupps (russ.: »drushiny«) durchgeführt werden. Die russischen Kosaken haben informell zwar schon vor der Jahrtausendwende Sicherheitsaufgaben übernommen (etwa als »Polizei« für die Turko-Mes'cheten in Krasnodar), doch wurde diese Rolle erst 2000 in Rostow und Wolgograd formalisiert. Die Patrouillen dienen den obengenannten Zwecken, sollen aber auch ein einschüchterndes Symbol von Dominanz in der Gesellschaft schaffen. Ab 2012 wurden auch in vielen anderen russischen Städten und Regionen Kosakenpatrouillen eingerichtet, etwa in Moskau, St. Petersburg, Nowosibirsk, Krasnodar und Kasan. Auch in an Russland grenzende Regionen sind Kosakenpatrouillen vorgeschlagen worden, etwa in Luhansk. Bei der Sicherung der Fußballweltmeisterschaft der Männer 2018 in Russland haben Kosakentrupps ebenfalls eine große Rolle gespielt.

Fazit

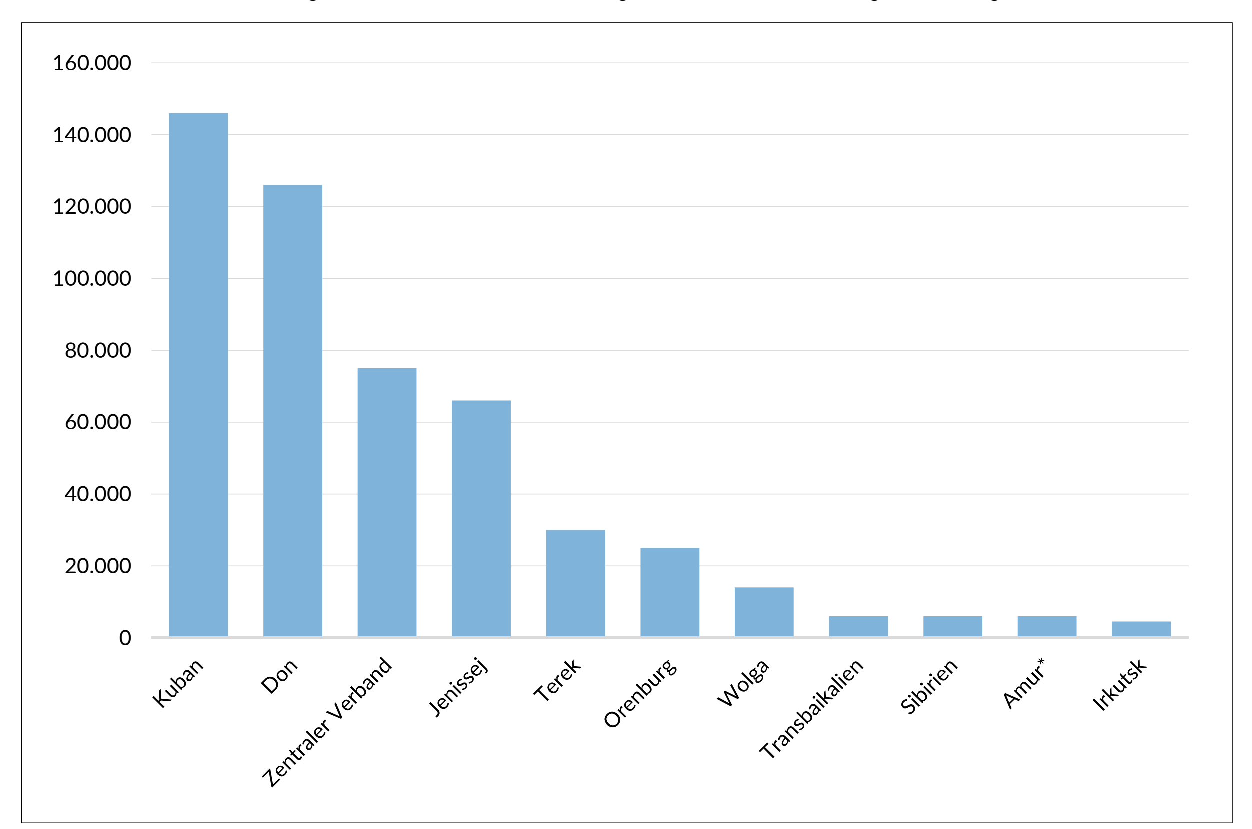
Die Kosaken sind nach wie vor eines der interessantesten und schillerndsten Elemente der postsowjetischen Gesellschaft in Russland. Der Beitrag hat die Probleme untersucht, Kosaken zu definieren und die Unterscheidung zwischen »freien« und »Dienst«-Kosaken herausgearbeitet. Zudem wurde auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und »Dienst«-Kosaken eingegangen, wobei die Rolle der Kosaken in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit beleuchtet wurde. Gleichwohl sind die Kosaken keineswegs das kulturelle Eigentum des russischen Staates. Die Ukraine, die ebenfalls – als Rivalin – behauptet, die Kosaken zu repräsentieren, wird Gegenstand eines Beitrags für die Ukraine-Analysen sein.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

In einer der kommenden Ukraine-Analysen erscheint eine Analyse von Richard Arnold zu der Kosakenbewegung in der Ukraine und ihrer Bedeutung für das Unabhängigkeitsverständnis des Landes.

Über den Autor
Richard Arnold ist Associate Professor für Politikwissenschaft an der Muskingum University, an der er Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft lehrt. Er ist der Autor von »Russian Nationalism and Ethnic Violence: Symbolic Violence, Lynching, Pogrom, and Massacre« (2016 bei Routledge erschienen) und Herausgeber von »Russia and the FIFA 2018 World Cup« (2021, ebenfalls Routledge). Sein nächstes Projekt befasst sich mit den Kosaken.

Tabelle 1: Anzahl der registrierten Kosaken, nach Regionalverband in absteigender Mitgliederzahl



Regionalverband	Mitglieder
Kuban	146.000
Don	126.000
Zentraler Verband	75.000
Jenissej	66.000
Terek	30.000
Orenburg	25.000
Wolga	14.000
Transbaikalien	6.000
Sibirien	6.000
Amur*	6.000
Irkutsk	4.500

** Laut Satzung der WsKO von 2019 existiert mittlerweile nur noch ein Regionalverband Ussuri, anstelle des Regionalverbandes Amur* (https://vsko.ru/wp-content/uploads/2020/03/ustav_vsko.pdf).

Quelle: Darczewska, J.: Putin's Cossacks. Just Folklore – Or Business and Politics? [=Point of View, Nr. 68], *2017, S. 24–25. Anmerkung: Die Schwarzmeer-Kosakengesellschaft war 2014, als diese Daten erhoben wurden, noch nicht gegründet.*

Karte 1: Hauptquartiere der Kosakengesellschaften



Regionalverband	Hauptquartier
Kuban	Krasnodar
Don	Nowotscherkassk
Zentraler Verband	Moskau
Jenissej	Krasnojarsk
Terek	Stawropol
Orenburg	Orenburg
Wolga	Samara
Transbaikalien	Tschita
Sibirien	Omsk
Ussuri	Wladiwostok
Irkutsk	Irkutsk

Quellen: http://skv-vko.narod.ru/Omsk.htm, http://www.kazak-volga.ru/, http://terkv.ru/, http://kazaki-ukv.ru/, http://www.russiancossacks.ru/, http://www.eniseycossacks.ru/, http://ataman-ovko.ru/, http://slavakubani.ru/index.php, http://www.irkv.ru/, http://www.ckwrf.ru/

DEKODER

Von Löwen und Füchsen

Kirill Rogow (Istories)

Einleitung der Russland-Analysen

Der folgende Beitrag des russischen Publizisten Kirill Rogow erschien ursprünglich am 23.02.2022 auf istories.media und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht. Die politischen Ereignisse und Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg sind äußerst dynamisch und lassen die hier abgedruckten Texte nicht immer aktuell wirken. Wir möchten dennoch diese inhaltlich guten Texte mit unseren Lesern teilen.

Einleitung von dekoder

Am frühen Morgen des 24. Februar 2022 hat Russland die gesamte Ukraine angegriffen. Sämtliche diplomatische Bemühungen, die es seit Dezember 2021 auf internationaler Ebene gegeben hat, als Russland von der NATO und den USA weitreichende »Sicherheitsgarantien« gefordert hatte, sind damit komplett gescheitert. Zuvor hatte sich die Entwicklung massiv zugespitzt: Schon beim Besuch von Olaf Scholz am 15. Februar hatte Putin von einem »Genozid« im Osten der Ukraine geprochen. Am Montag, 21. Februar, erkannte Russland die Separatistengebiete im Osten der Ukraine als unabhängig an, verbunden damit, dass Putin Truppen losschickte. In einer TV-Rede, ausgestrahlt am Montagabend, nur Stunden vor dem Ingangsetzen der Militärkolonnen, hatte Putin der Ukraine ihre eigene Staatlichkeit abgesprochen. Ein »Meisterwerk der Demagogie«, nannte der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel den Auftritt.

Worum aber geht es dem Kreml, worum geht es Moskau? Wirklich um Kränkungen durch den Westen, vermeintlich nicht eingehaltene »Versprechen« und Sicherheitszusagen aus den 1990er Jahren?

Die Politikanalystin Tatjana Stanowaja schrieb nach Putins Rede: »Heute ist der Tag, an dem Wladimir Putin auf die dunkle Seite der Geschichte übergewechselt ist. Es ist der Anfang vom Ende seines Regimes, das sich nur noch auf Waffen stützt.«

In einem langen Analysestück auf Washnyje Istorii skizziert Kirill Rogow ein Regime, das auf Repression und Rohstoffe setzt, aber keine wirkliche Zukunftsperspektive zu bieten hat. Und so zum Aggressor wird. Einen Tag vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde der Text veröffentlicht.

Wofür braucht Putin einen Krieg? Wissenschaftler suchen nach einer Erklärung für den exzentrischen und aggressiven außenpolitischen Kurs des Kreml, versuchen, die Logik dahinter und seine wahren Ziele zu erklären. Diese Versuche führen allerdings zu einer anderen, allgemeineren Frage: Was leitet autoritäre Regime überhaupt bei der Wahl ihres außenpolitischen Kurses? Sind die Eskalation des Konflikts mit dem Westen und die Vorbereitung eines realen Krieges gegen die Ukraine [Text vom 23.02.22 – *dek*] eine Reaktion auf äußere Bedrohungen – oder werden sie von innenpolitischen Gründen diktiert?

Warum Putin diesen Krieg braucht

Einige Vorteile einer Eskalation sind mit dem bloßen Auge erkennbar. Wer war Putin noch vor einem Jahr? Er war jemand, dem die Welt einen Mordversuch mit einer verbotenen Chemiewaffe am Anführer der Opposition vorwarf. Selbst der amerikanische Präsident unterstrich diesen Vorwurf mit einem Wort[, indem er die Frage, ob er ihn für einen Killer halte, bejahte – Anm. d. Red.]. In Russland haben zig Millionen Menschen den Film [von Alexej Nawalny – *dek*] über Putins Palast gesehen, der ihn als im Pomp versinkenden Mafiaboss zeigte.

Derselbe Putin erscheint heute als jemand, der bereit ist, einen großen Krieg zu führen, um die russischen Interessen zu verteidigen und die »Umzingelung Russlands durch die NATO« aufzuhalten. Die Machthaber dieser Welt statten ihm einer nach dem anderen Besuche ab und diskutieren betont respektvoll über seine Sorgen und Forderungen. Niemand erwähnt den Palast, den Anschlag auf Alexej Nawalny oder die im ganzen Land zunehmenden Repressionen. Wenn das mal kein überzeugender Nutzen einer Eskalation ist. *Fighting Fire with Fire*, oder *klin klinom wyschibat*, einen Keil mit dem anderen rausschlagen, wie es auf Russisch heißt.

Aber es gibt auch eine tiefer gehende Perspektive, die die Dynamik der Putinschen Eskalationen erklärt. 2011, als Putin verkündete, in den Präsidentensessel zurückkehren zu wollen, sah er sich zum ersten Mal mit Massenprotesten konfrontiert. Sein berühmtes Rating, seine Beliebtheitsskala, sank auf einen Tiefstand. Anti-Putin-Äußerungen wurden zu einem wesentlichen Bestandteil im innenpolitischen Geschehen. Der Kreml reagierte darauf mit verstärkter Kontrolle der Medien, gezielten

Repressionen und einer Verschärfung der Demonstrationsgesetze. In der Folge wurde 2013 das organisatorische Potential der Opposition gesprengt, die Demonstrationswelle verebbte. Doch die Umfragewerte blieben unten. Putins Legitimität als autoritärer, alternativloser Herrscher wurde nicht wiederhergestellt. Erst nach der Annexion der Krim und den entfachten Kämpfen im Donbass schnellte das Rating wieder in die Höhe. Der »schwache Putin« löste sich auf im Rauch eines siegreichen Krieges.

Als Putin Ende 2020/Anfang 2021 erneut mit einer Reihe von ernstzunehmenden Herausforderungen konfrontiert wurde – der aufgedeckte Mordanschlag, der Film über den Palast, Massenproteste, die diesmal auch die Provinz ergriffen –, holte er wieder zum Gegenangriff auf die Opposition und die unabhängige Presse aus, schickte Dutzende von Oppositionellen ins Gefängnis oder vertrieb sie aus dem Land, und erklärte Nawalnys Organisationen für illegal. Und wieder gelang es ihm, das Potential der Opposition erfolgreich zu sprengen. Doch genau wie beim letzten Mal führte das nicht zur Wiederherstellung der Legitimität Putins als autoritärer Leader. Das Rating blieb auf demselben Niveau, und die Proteststimmen bei den Wahlen im vergangenen Jahr konnten lediglich mithilfe von Fälschungen abgefangen werden. Das heißt, das Problem war nur halb gelöst.

Doch diese Argumentation überzeugt jene nicht so recht, die in den Handlungen des Kreml ein Bekenntnis zu den nationalen Interessen sehen. Und es ist an der Zeit, sich diese Interessen und die tieferen Wechselbeziehungen zwischen der Innen- und der Außenpolitik genauer anzuschauen.

In Russland existieren schon seit Jahrhunderten zwei große Narrative, die seine Beziehungen zur Außenwelt beschreiben.

Zwei große Narrative

Das erste sieht Russland als ein riesiges, an Territorium und natürlichen Ressourcen außerordentlich reiches Land, was sein Potential als Großmacht sozusagen von Anbeginn an definiert. Die Länder, die Russland umgeben, sind demzufolge neidisch auf diesen Reichtum und fürchten sein Potential, und deshalb trachten sie danach, Russland zu spalten, von innen heraus zu unterwandern oder seine Möglichkeiten zur vollen Entfaltung dieses Potenzials einzuschränken. Russlands primäre Aufgabe besteht in diesem Narrativ darin, sich diesen feindlichen Handlungen unter Einsatz seiner inneren Kräfte zu widersetzen. Das ist das Narrativ von Schutz und Verteidigung.

Das zweite Narrativ ist wohl nicht weniger historisch verankert und praktisch jeder Russe, jede Russin kennt es. Es beschreibt Russland ebenfalls als ein an Territorium und an Ressourcen reiches Land mit einem riesigen Potential, welches es nicht vollends entfalten kann – allerdings, weil das Land nicht genügend entwickelt ist und technisch, wirtschaftlich wie gesellschaftlich hinter dem Westen zurückbleibt. Das Land muss also unbedingt eine Kraftanstrengung unternehmen und den Westen einholen, damit sich sein Potential vollends entfalten kann. Dieses Narrativ ist das der Modernisierung und der aufholenden Entwicklung.

»Schutz und Verteidigung« versus Modernisierung

Diese zwei Narrative stehen in der öffentlichen Meinung in ständiger Konkurrenz, wobei sie die Prioritäten der nationalen Interessen, der entsprechenden politischen Ziele und notwendigen Handlungen auf unterschiedliche Weise definieren. Was meistens bei der Analyse durchrutscht, ist, dass diese zwei Narrative und die politischen Prioritäten, die sie implizieren, grundsätzlich unterschiedliche Kompetenzen von den Leadern und Eliten auf den Kommandoposten erfordern.

Im ersten Fall sind das die Kompetenzen der Verteidigung und der Bewahrung von Ordnung – also Kompetenzen der Gewalt. Im zweiten Fall ist es die Kompetenz, Technologien und Institutionen zu übernehmen und sie anzupassen sowie Allianzen zu schließen und Handel zu treiben. Die zwei Narrative führen nicht nur zu einer Konkurrenz, was die priorisierten Ziele in der öffentlichen Meinung angeht, sondern auch zu einer Konkurrenz zwischen zwei Typen von Eliten, die auf unterschiedliche Kompetenzen und Mechanismen in der Verwaltung, in den Institutionen ausgerichtet sind.

Löwen und Füchse

In Phasen, in denen in Russland das erste Narrativ populär ist, dominiert an der Spitze der Führungspyramide jener Typ von Elite, den Vilfredo Pareto in Anlehnung an Machiavelli als »Löwen« bezeichnete und die wir hierzulande als Silowiki kennen. Dominiert das zweite Narrativ, betreten die Bühne diejenigen, die Pareto und Machiavelli als »Füchse« bezeichneten. Ändert sich das dominierende Narrativ, kommt es unweigerlich zu einer Umgestaltung der Eliten.

Betrachtet man Russlands Geschichte der letzten Jahrzehnte aus diesem Blickwinkel, kann man sagen, dass seit Gorbatschows Reformen Mitte der 1980er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre in der russischen Politik die Füchse dominierten, die ein Aufholen in der Entwicklung und eine pragmatische Kooperation mit dem Westen in den Vordergrund der nationalen Interessen stellten. In diese Zeit fielen die massenhaften Privatisierungen, und die Füchse, die feste politische Posten innehatten, wussten diese für ihren eigenen Vorteil zu nutzen.

Mit Putin kamen die Löwen

Doch mit Putins Einzug in den Kreml im Jahr 2000, betraten immer mehr Löwen, oder Silowiki, wie man sie in Russland nennt, die politische Bühne. Ab 2012 dominier-

ten sie das Regierungssystem vollends. Wir dürfen nicht vergessen, dass in Putins 20-jähriger Amtszeit eine massive Umschichtung privatisierter Vermögenwerte stattgefunden hat, überwiegend zum Vorteil der Löwen. Jetzt stehen sie genau wie Putin vor der Frage, wie sie ihre Vorherrschaft festigen und zusammen mit dem erbeuteten Reichtum an die nächste Generation von Politikern und Eigentümern weitergeben können: an ihre Kinder und Erben.

Während es in den 2000er Jahren zunächst danach aussah, als würden Putin und seine Regierung über Kompetenzen sowohl des ersten als auch des zweiten Typs verfügen – also als würden sie sowohl die Wirtschaft ankurbeln als auch Ordnung schaffen – geriet das Wirtschaftswachstum 2010 beträchtlich ins Stocken. Das stellte die Fähigkeiten der Putinschen Elite auf diesem Gebiet in Frage und holte den Modernisierungsbedarf wieder zurück auf die Tagesordnung. Das heißt, es eröffnete den Füchsen wieder die Chance, ihre Positionen in der russischen Politik zu stärken. Davon zeugten sowohl die Modernisierungsrhetorik während Medwedews Präsidentschaft als auch die Proteste 2011 und 2012, bei denen soziale Gruppen neue Forderungen stellten, die über die Ideale von Sicherheit und Stabilität hinausgingen.

Dies ist der Hintergrund, vor dem die Krim-Wende in der russischen Politik vonstatten ging. Die Annexion der Krim kam wie die symbolische Rückkehr eines sowjetischen Elysiums mit dem Titel Supermacht daher. Und sie schuf nicht nur ein unlösbares Problem in Russlands Beziehungen zum Westen, sondern blockierte auch jeden Versuch, das Land wieder auf den Weg der Modernisierung zu bringen. Die Annexion der Krim und der Konflikt mit dem Westen wurden zum Hebel, mit dem die Füchse an den Rand gedrängt und ihr politischer Einfluss untergraben wurde. Damals wie heute provozierte der hohe Konfrontationsgrad den Westen zwingend zu einer Reaktion, die es wiederum erlaubte, das Narrativ vom sich verteidigenden Russland als alternativlos und einzig möglich darzustellen – und dieses Narrativ als eine einvernehmliche Doktrin nationaler Interessen durchzusetzen.

Vertreter der Elite ersten Typs – Löwen, Silowiki – besetzen heute die politischen Spitzenpositionen der Herrschaftspyramide und aller weiteren Ebenen, sowie die Schlüsselpositionen der Wirtschaft und Geschäftswelt. Eine antiwestliche Haltung und der Isolationismus sind für sie nicht nur ein formaler, sondern ein realer ideologischer Identifikationsrahmen, der durch ihre entsprechenden Kompetenzen (Kontrolle, Bewachung, Unterwerfung, Repression) und institutionellen Präferenzen gestützt wird.

Die Isolation Russlands ist daher keine Nebenwirkung der Konfrontation, sondern ihr Ziel, so paradox das auch klingen mag. Sie soll den Modernisierungseffekt aus zweieinhalb Jahrzehnten prowestlicher Orientierung des Landes nivellieren. Sie sichert das Funktionieren eines geschlossenen wirtschaftlichen Umverteilungsmodells, in dem der durch Rohstoffexport erzielte Gewinn zum überwiegenden Teil in den Händen des Staates landet und die Dominanz der Löwen festigt. Diese Ressourcen reichen aus, um notwendige technische Ausrüstungen anzuschaffen und einen riesigen Sicherheitsapparat zu unterhalten. Gleichzeitig lässt dieses Modell keinen nennenswerten Zufluss von ausländischem Kapital zu. Das würde nicht nur dem inländischen Kapital und den traditionellen Patronage-Eliten Konkurrenz machen, sondern auch die Position der Modernisierungs-Eliten stärken, die für den Austausch mit anderen Ländern besser geeignet sind.

Russlands wirtschaftliche Interessen zu opfern, wirkt gar nicht so irrational – wenn man bedenkt, dass es um den Erhalt der herrschenden Stellung in der russischen Politik und um die Weitergabe von erbeutetem Vermögen an die Nachfolger geht. Sanktionen, die politische und wirtschaftliche Isolation, begleitet von einer drastischen Schwächung der rivalisierenden Eliten und deren politischer Narrative – all das sichert eine reibungslose und sichere Weitergabe.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von Ruth Altenhofer und Jennie Seitz

Über den Autor
Kirill Rogow ist ein russischer Publizist und Journalist, der in zahlreichen Medien vertreten ist, u. a. als Mitbegründer und Chefredakteur von Polit.ru, ehemaliger Chefredakteur von Kommersant, Autor bei The Moscow Times, Zeitschrift Osteuropa und Vedomosti, um nur wenige zu nennen.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter https://istories.media/opinions/2022/02/23/zachem-putinu-voina/, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter https://www.dekoder.org/de/article/krieg-ukraine-nutzen-putin-analyse.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder und Kirill Rogow für die Erlaubnis zum Nachdruck.



CHRONIK

21. – 27. Februar 2022

21.02.2022	Der russische Minister für Katastrophenschutz, Aleksandr Tschuprijan, gibt bekannt, dass in den vergangenen Tagen rund 61.000 Einwohner der selbsternannten sogenannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine als Flüchtlinge die russische Grenze überquert haben. Seit dem 18. Februar evakuieren die Behörden der »Volksrepubliken« Frauen, Kinder und ältere Menschen nach Russland.
21.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin beruft eine außerordentliche Sitzung des Sicherheitsrates der Russischen Föderation ein, um die Lage in der Ostukraine zu erörtern. Bei dem Treffen rügt Putin die ukrainischen Behörden, weil diese im Gegensatz zur gegnerischen Seite die Minsker Vereinbarungen nicht umsetzten.
21.02.2022	Eduard Bassurin, offizieller Sprecher der selbsternannten »Volksrepublik Donezk« wendet sich mit einer Videobotschaft an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er fordert ihn auf, die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk moralisch sowie auf militärischem und finanziellem Weg zu unterstützen.
21.02.2022	Der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, und die Sprecherin des russischen Föderationsrates, Walentina Matwijenko, fordern den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, die selbsternannten sogenannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk anzuerkennen. Wolodin begründet diesen Appell unter anderem damit, dass die Zahl der Menschen die in DNR und LNR die russische Staatsbürgerschaft beantragt haben, 1,2 Millionen beträgt. 800.000 Menschen hätten sie bereits erhalten. Aus diesem Grund gehe es in erster Linie um den Schutz der Bürger Russlands und damit um eine moralische Verpflichtung.
21.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin teilt seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron sowie dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz telefonisch mit, dass er in Kürze ein Dekret zur Anerkennung der Souveränität der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk unterzeichnen werde. Die Anerkennung erfolge aufgrund der militärischen Aggression der Ukraine und des massiven Beschusses des Gebiets des Donbass, unter dem die Zivilbevölkerung leide.
21.02.2022	In einer live übertragenen Fernsehansprache verkündet der russische Präsident Wladimir Putin die Anerkennung der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk als souveräne Staaten. In seiner vorausgehenden Rede bekräftigt er, dass Geschichte und Gegenwart der Ukraine untrennbarer Teil der russischen Geschichte und Kultur und ganz von Russland erschaffen seien, »vom kommunistischen, bolschewistischen Russland«. Die Ukraine habe nie eine »echte Staatlichkeit« gehabt. Im Anschluss an seine Rede unterzeichnet Putin die Dekrete zur Anerkennung der »Volksrepubliken«.
21.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin ordnet die Entsendung von Truppen in die selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine an. Zuvor hatte er diese Gebiete als unabhängig anerkannt. Außerdem wies er an, diplomatische Beziehungen zu den Gebieten aufzunehmen.
22.02.2022	Der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Leonid Sluzkij, erklärt, dass Russland mit der Anerkennung der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk als souveräne Staaten die Aufgabe erfülle, die russische Welt zu einen. Es sei wichtig, sich um seine Landsleute zu kümmern und die russische Welt zu konsolidieren.
22.02.2022	Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz setzt als Reaktion auf die Anerkennung der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk durch Russland und die Entsendung russischer Truppen in das Gebiet das Zertifizierungsverfahren für die russische Gaspipeline »Nord Stream 2« aus. Der Bau der Pipeline ist seit September 2021 abgeschlossen. Ende Januar wurde bekannt, dass die Nord Stream 2 AG mit der »Gas for Europe GmbH« eine deutsche Tochtergesellschaft für den Betrieb des Abschnitts, der sich in deutschen Hoheitsgewässern befindet, gegründet hat.
22.02.2022	Der Föderationsrat Russlands stimmt auf einen Antrag des russischen Präsidenten hin einem Einsatz russischer Streitkräfte im Ausland zu. Der stellvertretende russische Verteidigungsminister Nikolaj Pankow erklärte den Beschluss mit der Eskalation der Lage im Donbass und der Notwendigkeit die Einwohner der Region zu beschützen. Die Entscheidung ziele darauf ab, den Frieden im Donbass wieder herzustellen.
22.02.2022	Als Reaktion auf die Anerkennung der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin einigen sich die Außenminister der EU-Staaten auf weitere Sanktionen gegen Russland. Die Maßnahmen betreffen unter anderem 351 Mitglieder der russischen Staatsduma, die für die Verletzung des Völkerrechts und der territorialen Integrität der Ukraine gestimmt hätten. Außerdem werden 27 Personen und Einrichtungen sanktioniert, die eine Rolle bei der Bedrohung der territorialen Integrität der Ukraine spielten. Außerdem werden russische Banken, die Geschäfte im Donbass finanzieren ebenfalls mit Sanktionen belegt.

22.02.2022	Russland evakuiert die Mitarbeiter seiner Auslandsvertretungen in der Ukraine. Begründet wird dieser Schritt mit wiederholten Angriffen auf die russische Botschaft in Kiew sowie die Generalkonsulate in Odessa, Lemberg und Charkiw seit 2014. Es sei in der derzeitigen Lage notwendig, die Mitarbeiter zu schützen.
23.02.2022	Als Reaktion auf die Anerkennung der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin verhängt Japan Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. Dies gab der japanische Premierminister Fumio Kishida bekannt. Die Sanktionen sehen unter anderem ein Verbot der Aufnahme neuer Staatsschulden durch Russland bei japanischen Kreditinstituten vor. Auch Kanadas Premierminister Justin Trudeau gibt die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland bekannt.
23.02.2022	Die Anführer der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk, Denis Puschilin und Leonid Passetschnik, bitten den russischen Präsidenten Wladimir Putin um Unterstützung bei der Abwehr von Angriffen der ukrainischen Armee. Die ukrainische Regierung baue seine Militärpräsenz weiter aus, um den Konflikt mit Gewalt zu lösen. Die Zivilbevölkerung müsse geschützt werden. In ihrem Schreiben drücken sie außerdem ihren Dank für die Anerkennung der Republiken durch Putin aus.
24.02.2022	In einer nächtlichen Fernsehansprache verkündet der russische Präsident Wladimir Putin seine Entscheidung für eine Militäroperation in der Ukraine. Er reagiere damit auf die Bitte der Anführer der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk um militärischen Beistand. Es gehe darum, die Ukraine zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren und einen Genozid zu verhindern. Putin forderte das ukrainische Militär auf, die Waffen niederzulegen und drohte allen, die sich in den russischen Einsatz einmischten, Konsequenzen an, die sie »in ihrer Geschichte noch nie erlebt haben«.
24.02.2022	Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums nimmt das russische Militär militärische Infrastruktur in der Ukraine ins Visier. Hochpräzisionswaffen seien im Einsatz, um Luftverteidigungsanlagen und Militärflugplätze in der Ukraine zu zerstören. Gleichzeitig hieß es, es bestehe keine Gefahr für die Zivilbevölkerung, zivile Ziele würden nicht angegriffen. Dies meldet die russische Nachrichtenagentur »Interfax« am Morgen. Ukrainische Grenzschützer meldeten Angriffe von der russischen sowie der belarussischen Grenze aus. Der Nachrichtenagentur zufolge griffen auch Einheiten der Schwarzmeerflotte im Asowschen Meer und in Odessa an.
24.02.2022	Am Vormittag wird der Handel an der Moskauer Börse wegen eines historischen Kurssturzes bei Handelsbeginn für zwei Stunden ausgesetzt. Der Dollar stieg auf 84,07 Rubel, der Euro auf 95,24 Rubel. Aufgrund von Devisenbeschränkungen war ein weiterer Anstieg nicht möglich. Die russische Zentralbank kündigte Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes an, dies schließe auch Interventionen auf dem Devisenmarkt ein.
24.02.2022	Die internationale Staatengemeinschaft verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte in einem Statement an, die EU werde Russland für sein Handeln zur Rechenschaft ziehen. Auch US-Präsident Joe Biden verurteilte den Angriff als »unprovoziert und ungerechtfertigt«. Die USA würden gemeinsam mit ihren Verbündeten mit »harten Sanktionen« reagieren. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz nannte den Akt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und forderte Russland auf, die Militäroperation sofort einzustellen.
24.02.2022	Die NATO beruft als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine eine Sondersitzung ein. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg gibt nach der Sitzung die Verstärkung der NATO-Streitkräfte zum Schutz der Bündnispartner im Osten bekannt. Auf Antrag der Militärführung wurden die Verteidigungspläne aktiviert. Stoltenberg bezeichnete den Einmarsch Russlands in die Ukraine als »brutalen kriegerischen Akt«. Russland habe den Frieden auf dem europäischen Kontinent zerstört.
24.02.2022	Russland setzt alle Inlandsflüge einer Reihe von Städten wie Rostow am Don, Krasnodar und Stawropol in der Grenzregion zur Ukraine bis zum 02.03.2022 aus.
24.02.2022	In ganz Russland finden am Abend spontane Kundgebungen gegen den Einmarsch Russlands in die Ukraine statt. Allein in Moskau werden nach offiziellen Angaben 600 Menschen festgenommen. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation OVD-Info werden in 52 Städten insgesamt 1.742 Menschen auf Protestaktionen festgenommen.
24.02.2022	Die EU-Staaten einigen sich auf einer Sondersitzung auf ein neues Sanktionspaket gegen Russland als Reaktion auf dessen Einmarsch in die Ukraine. Es enthält unter anderem Exportkontrollen für Hightech-Produkte und Software sowie Einschränkungen bei der Visapolitik.
24.02.2022	Auf Initiative Frankreichs führen der russische Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron ein Telefongespräch. Putin erläuterte dabei seine Gründe für den Einmarsch. Macron forderte Putin auf, die Militäraktion unverzüglich zu stoppen. Die Präsidenten vereinbarten, in Kontakt zu bleiben.

25.02.2022	Die russische Zentralbank sagt den von Sanktionen betroffenen russischen Banken jede notwendige Unterstützung für Geschäfte in Rubel und Fremdwährungen zu. Alle Bankgeschäfte liefen wie gewohnt weiter, die Auszahlung von Guthaben in ausländischen Währungen sei garantiert. Die USA und die EU haben als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine Sanktionen gegen sieben große russische Banken verhängt.
25.02.2022	Das internationale Hacker-Kollektiv »Anonymous« erklärt Russland den Cyberkrieg. Zuvor hatte die ukrainische Regierung die ukrainische Cyber-Community um Unterstützung gebeten. »Anonymous« nannte den Einmarsch Russlands in die Ukraine einen Verstoß gegen das Völkerrecht. Kurze Zeit später ist die Website des russischen Staatssenders »Rossija Segodnja« über Stunden nicht mehr zu erreichen. Auch Websites des Kreml, der Duma und des Verteidigungsministeriums sind von den Störungen betroffen. Das »Nationale Koordinationszentrum für Computerzwischenfälle« in Russland bezeichnete die Bedrohung durch Cyberangriffe als »kritisch«.
25.02.2022	Die unabhängige russische Tageszeitung »Nowaja Gaseta« erscheint erstmals in ihrer Geschichte zweisprachig – auf Russisch und Ukrainisch. Chefredakteur und Friedensnobelpreisträger Dmitrij Muratow erklärt dazu, die Ukraine werde nicht als Feind anerkannt und Ukrainisch nicht als Sprache des Feindes. Russland habe im Herzen von Europa den Dritten Weltkrieg begonnen und Putin damit dem Land irreparablen Schaden zugefügt.
25.02.2022	Die Sprecherin des russischen Föderationsrates, Walentina Matwijenko, erklärt, Russland bereite als Reaktion auf westliche Sanktionen ebenfalls Maßnahmen vor, die nicht spiegelbildlich sein werden. Russland sei sich der Schwächen des Westens bewusst, es sei ein Paket an Maßnahmen vorbereitet.
25.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping führen ein Telefongespräch. Darin spricht sich Xi für eine Verhandlungslösung im Konflikt mit der Ukraine aus. Er respektiere das Vorgehen Russlands im Konflikt mit der Ukraine und sei zu gegenseitiger Unterstützung im UN-Sicherheitsrat bereit. Zuvor hatte das chinesische Außenministerium Verständnis für Russlands Bedenken in Sicherheitsfragen geäußert und die Unantastbarkeit territorialer Integrität betont.
25.02.2022	Die Formel 1 sagt den für September in Sotschi geplanten Großen Preis von Russland ab. Es sei unter den derzeitigen Umständen nicht möglich, das Rennen auszutragen, teilte der Motorsport-Weltverband mit. Er reagiert damit auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine am Vortag.
25.02.2022	Als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine verhängen die Europäische Union, Großbritannien und die USA direkte Sanktionen gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den russischen Außenminister Sergej Lawrow. Mögliche Vermögen in den sanktionierenden Ländern werden eingefroren. Für diplomatische Verhandlungen soll es ihnen jedoch weiter gestattet sein, in die EU einzureisen.
25.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin ruft die ukrainische Armee in einer Fernsehansprache dazu auf, sich gegen die ukrainische Regierung zu stellen und die Macht in Kiew zu übernehmen. Putin bezeichnete die ukrainische Regierung in seiner Rede als »Bande von Drogenabhängigen und Neonazis«.
25.02.2022	Die NATO-Staaten kommen anlässlich des Einmarsches Russlands in die Ukraine zu einem Sondergipfel zusammen. Im Anschluss verkündet NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Verlegung von Einheiten der schnellen Einsatztruppe NRF. Er betonte, die Maßnahmen seien »präventiv, verhältnismäßig und nicht eskalierend«. Es ist das erste Mal, dass Teile der NRF im Zuge der Verteidigung des Bündnisgebiets verlegt werden.
25.02.2022	Der Europarat hat Russland wegen des Angriffs auf die Ukraine am Vortag suspendiert. Die Teilnahme russischer Diplomaten und Delegierter sei mit sofortiger Wirkung ausgesetzt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist von dieser Entscheidung ausgenommen, damit russische Staatsbürger diesen mit ihren Anliegen weiter anrufen können.
25.02.2022	Die Europäische Rundfunkunion EBU teilt den Ausschluss Russlands aus dem diesjährigen Eurovision Song Contest mit. Eine Teilnahme Russlands würde den Wettbewerb angesichts der beispiellosen Krise in der Ukraine in Verruf bringen, erklärte die EBU. Als Reaktion auf den Ausschluss verlassen mehrere staatliche russische Medien die EBU. »Perwyj kanal«, WGTRK und »Ostankino« protestierten damit gegen diesen Schritt, der in ihren Augen ein unangemessenes politisches Opfer sei.
25.02.2022	Russland schränkt das soziale Netzwerk »Facebook« teilweise ein. Dies sei eine Reaktion auf die Sperrung staatlicher russischer Medien auf »Facebook«, teilte die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« mit. »Roskomnadsor« wirft »Facebook« vor, mit der Sperrung russischer Medien »grundlegende Menschenrechte und Freiheiten« verletzt zu haben. Betroffen waren unter anderem die »Facebook«-Auftritte der Staatsagentur »RIA Nowosti« und des Senders »Swesta«.
26.02.2022	Die Resolution gegen den Einmarsch Russlands in die Ukraine scheitert im UN-Sicherheitsrat am Veto Russlands. China enthielt sich der Stimme.
26.02.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« hat unabhängige russische Medien davor gewarnt, im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine das Wort »Krieg« zu benutzen. Falls sie der Aufforderung nicht nachkommen sollten, würden ihre Seiten blockiert.

26.02.2022	Russische Mediziner, Kulturschaffende und Wissenschaftler wenden sich in offenen Briefen an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, in denen sie ihn zur sofortigen Beendigung des Krieges gegen die Ukraine auffordern. Die Petitionen wurden in kurzer Zeit von mehreren tausend Unterstützern unterschrieben.
26.02.2022	Das russische Militär sprengt einen von der Ukraine errichteten Staudamm, der seit der Krim-Annexion 2014 den Nord-Krim-Kanal vom Fluss Dnipro abgeschnitten hatte. Damit sei die Wasserversorgung der Krim wiederhergestellt, berichtet der staatliche Armee-Fernsehsender »Swesda«.
26.02.2022	Nach Angaben der russischen Nichtregierungsorganisation »OWD-Info« sind erneut 460 Menschen in 34 Städten bei Protestaktionen gegen den russischen Einmarsch in die Ukraine festgenommen worden. 200 davon in Moskau.
26.02.2022	Die EU, Kanada und die USA beschließen den Ausschluss russischer Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT. Betroffen sind die russischen Banken, die bereits zuvor von Sanktionen betroffen waren. Außerdem soll die Möglichkeit der russischen Zentralbank eingeschränkt werden, den Rubel mit internationalen Finanzgeschäften zu unterstützen.
27.02.2022	Als Reaktion auf Russlands Einmarsch in die Ukraine suspendiert der Judo-Weltverband den russischen Präsidenten Wladimir Putin als Ehrenpräsident und Botschafter der Sportart. Putin ist dem Judosport eng verbunden und Träger des Schwarzen Gürtels.
27.02.2022	»Google« setzt als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine die finanzielle Nutzung seiner Dienste durch russische Staatsmedien aus. Diese könnten dort nun kein Geld mehr verdienen, teilte der US-Konzern mit. Ähnliche Schritte kündigten auch das Soziale Netzwerk »Facebook« und die Plattform »YouTube« an.
27.02.2022	Nach dem Ausschluss mehrerer russischer Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT gibt die russische Zentralbank die Gewährleistung der Stabilität des Finanzsystems bekannt. Es gebe genügend Kapital und Liquidität, Bankdienstleistungen würden wie gehabt funktionieren. Zahlreiche russische Bankkunden hatten über Probleme bei der Bargeldabhebung berichtet.
27.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin spricht mit dem israelischen Premierminister Naftali Bennett am Telefon über die Situation in der Ukraine. Putin habe sich zu Verhandlungen mit der Ukraine bereit gezeigt; Bennett habe eine Vermittlerrolle angeboten.
27.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin versetzt die sogenannten »Abschreckungskräfte« des Landes in Alarmbereitschaft. Er begründet diesen Schritt mit »aggressiven Äußerungen« von NATO-Mitgliedsstaaten und die als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine gegen sein Land verhängten Sanktionen. Die »Abschreckungskräfte« umfassen auch Atomwaffen.
27.02.2022	Als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine verkauft der britische Ölkonzern BP seine Anteile am russischen Ölkonzern »Rosneft«. Seit 2013 hatte BP einen Anteil von 19,75 Prozent gehalten. Mit dem Rückzug des Konzerns sei auch die Aufgabe der Posten im Verwaltungsrat von »Rosneft« verbunden, teilte BP mit.
27.02.2022	Der Weltfußballverband FIFA verhängt als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine Sanktionen gegen Russland. Bis auf weiteres werden in Russland keine Heimspiele mehr ausgetragen. Bei Spielen der russischen Nationalmannschaft wird die russische Hymne nicht mehr gespielt. Die Mannschaft wird nicht unter russischer Flagge spielen.
27.02.2022	Die Europäische Union sperrt ihren Luftraum für Flugzeuge aus Russland, teilt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit. In Reaktion auf die russische Invasion in die Ukraine hatten bereits etliche EU-Mitgliedsländer ihre Lufträume gesperrt. Zuletzt hatte sich auch Kanada angeschlossen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf http://www.laender-analysen.de/russland/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

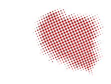
Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:
Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/





























Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/